

Wie viel Zentralstaat will die Schweiz?

Eine Staatsquotenbremse

Gastkommentar

von MASSIMO S. LATTMANN

Wer die Arbeit von Regierung und Parlament aufmerksam verfolgt, dem sticht eins in die Augen: die Breite der Themen und die Fülle von kleinen und grossen Geschäften verschiedenster Art, welche Legislative und Exekutive behandeln, verhandeln und bewältigen – oder manchmal auch nicht.

Ist unser Land gut regiert und verwaltet? Wir vergleichen uns gerne mit dem – sehr bescheidenen – «Benchmark Ausland» und kommen zum Schluss, dass wir, vor allem dank der direkten Demokratie, in dieser Beziehung gut dastehen.

Versucht man jedoch, über die behandelten Geschäfte eine Übersicht zu gewinnen, wird die Sache prekär. Obwohl der Staat das ihm übertragene Tagesgeschäft trotz Fehlritten gut meistert, führt die Suche nach einer Korrelation dieser Tagesgeschäfte mit einer überlagerten «Strategie des Staates» zu keinem Ergebnis. Es scheint, dass wir von einem Tagesgeschäft zum nächsten dümpeln. Zwar ergeben sich die Entscheide im Tagesgeschäft aus politischen Programmen und realen Gegebenheiten, die solche Entscheide herbeiführen. Die Gesamtstrategie des Staates indes wurde in einer klaren Form, z. B. über die Staatsquote, nirgends definiert. Die Rolle des Staates scheint sich vielmehr laufend aus der Abfolge der im Tagesgeschäft getroffenen Entscheide zu ergeben; sie besteht in der Bewältigung des sich zusammenballenden Aufgabenhafens mit den dazugehörigen Ausgaben.

Entsprechend verhält es sich auch mit dem Management dieser Ausgaben. Auffallend sind in diesem Zusammenhang die periodisch wiederkehrenden Sparprogramme. Diese ähneln mehr einem Basar als einer strategisch konzipierten Sparübung (wobei jeweils nicht gespart, sondern lediglich das Ausgabenwachstum etwas gebremst wird). Die vom Bund zuletzt 2011 beschlossene, systematische Ausgabenüberprüfung, die eine Gesamtsicht der Ausgaben hätte liefern sollen, ist eine leere Worthülse geblieben.

Ein Blick auf die Staatsausgaben der letzten zwanzig Jahre zeigt, dass sich diese im Verhältnis zu Bevölkerung und Bruttonozialprodukt überproportional entwickelt haben. Die Staatsquote ist markant gestiegen. Die dem Staat übertragenen Aufgaben und Ausgaben haben vor allem auf Bundesebene massiv zugenommen. Diese Zunahme ist zwar im Einzelfall demokratisch legitimiert, aber nicht als Bürde im Ganzen. Weder Regierung noch Parlament haben sich damit systematisch befasst, und erst recht nicht die Bürger. Eine offen geführte Debatte dazu, also zur Staatsquote, tut not.

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Es sind insbesondere die Ausgaben des Bundes, die stark zugenommen haben. Was heisst: Es ist eine massive Zentralisierung im Gange, die den verfassungsmässig festgelegten föderalistischen Charakter der Schweiz untergräbt. Sie gründet nicht auf einer prinzipiellen Entscheidung zu einer solchen Entwicklung, sondern hat sich vielmehr aus der Abfolge der Tagesgeschäfte ergeben.

Sind wir im Begriff, eine traditionelle Stärke

unseres Landes schleichend aufzugeben? Die Schweiz ist mit dem dezentralen, subsidiären System der drei Ebenen Gemeinde, Kanton, Bund gut gefahren. Volksnahe Behörden in den Gemeinden und Kantonen entsprechen dem Schweizer Demokratieverständnis und -bedürfnis. Ohne Gegensteuer jedoch wird die Zentralisierung weiter zunehmen, und damit wird die Autonomie der Kantone und Gemeinden eingeschränkt.

Das dramatische Wachstum der Staatsquote beim Bund ist nicht das Resultat einer klaren strategischen Definition von Aufgaben und Ausgaben auf den drei Ebenen, sondern das Resultat einer über die Jahre erfolgten Abfolge und Summierung taktischer Entscheidungen. Die Frage ist, ob wir es uns leisten können, die eingeschlagenen finanzpolitischen Wege fortzusetzen bzw. dem herrschenden Trend weiter zu folgen.

Der in vielen Ländern sichtbare Kipfeffekt einer zu hohen Staatsquote sollte uns die Augen öffnen. Zwar verfügt die Schweiz dank der Schuldenbremse über solide Finanzen. Aber diese bewirkt lediglich einen ausgeglichenen Haushalt. Steigende Ausgaben können weiterhin durch steigende Einnahmen finanziert werden, der besagte Trend bleibt ungebrochen. Wobei hier anzumerken ist, dass ein Vergleich der Staatsausgaben über die Staatsquote einen für die Schweiz stark beschönigenden Effekt hat. Denn das BIP pro Einwohner ist in der Schweiz rund doppelt so hoch wie etwa in Deutschland, und so wird in der Schweiz pro Einwohner auch fast doppelt so viel für staatliche Leistungen ausgegeben.

Eine transparent geführte Debatte zur Staatsquote auf Bundesebene ist dringend notwendig. Diese soll über die Definition der Ausgaben die Aufgaben des Bundes definieren. Wünschenswert wäre eine Plafonierung der Bundesausgaben mittels einer Staatsquotenbremse. Diese würde automatisch zu einer strategischen Priorisierung der Bundesaufgaben führen. Diese neue Institution könnte wie ihrerseits bei der Schuldenbremse in direktdemokratischer Tradition durch ein Referendum geschaffen werden.

Parteien, Regierung und Parlament sind gefordert, eine solche Debatte anzustossen und transparent durchzuführen. Aus einem Konsens könnte eine politisch gestärkte Schweiz hervorgehen.

—
Massimo S. Lattmann ist Dozent an der ETH Zürich und aktiv in den Verwaltungsräten mehrerer Unternehmen.